

Impftag in Gamprin**55 Personen liessen sich spontan impfen**

GAMPRIN Am Mittwoch machte das mobile Impfteam im Gemeindesaal Gamprin Halt. Diese Gelegenheit nutzten 55 Personen, wie der Verantwortliche Jürgen Schwarz auf Anfrage informierte. Alles sei ruhig und reibungslos verlaufen. Mit dem «Impfzentrum on tour» konnten also bislang 339 Personen erreicht werden. Das wären fast 0,9 Prozent der Bevölkerung - allerdings haben auch Grenzgänger die Möglichkeit, sich in Liechtenstein impfen zu lassen. Insgesamt haben rund 64,1 Prozent der Bevölkerung mindestens eine Impfdosis erhalten. Gelegenheiten, sich ohne Anmeldung impfen zu lassen, bieten sich allerdings nur noch nächste Woche: Am 8. November in Eschen, am 11. November in Vaduz und am 12. November in Mauren. Die jeweiligen Zweitimpfungen erhalten die Betroffenen dann rund vier Wochen später am selben Ort. Danach ist es nur noch in sechs Arztpraxen möglich, sich impfen zu lassen. Da die Kapazitäten dort beschränkt sind, ist eine Anmeldung erforderlich. (df)

Bis Juni 2022**Corona-Kurzarbeit soll mitunter länger möglich sein**

VADUZ Die Regierung will vom Landtag die Ermächtigung, die coronabedingte Kurzarbeitsentschädigung bei Bedarf bis Juni 2022 zu verlängern. Den entsprechenden Bericht und Antrag verabschiedete sie am Dienstag. «Die Weltwirtschaftslage ist covidbedingt nach wie vor mit grossen Unsicherheiten behaftet, was sich stark auf die globalen Lieferketten und damit auch auf produzierende Betriebe in Liechtenstein auswirkt», begründet das Wirtschaftsministerium in einer Mitteilung. Ursprünglich galt die Regelung zur coronabedingten Kurzarbeitsentschädigung bis Ende Jahr. Mit der vorgeschlagenen Anpassung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes soll der Landtag die Verordnungsermächtigung um weitere sechs Monate verlängern. Damit hätte die Regierung die Möglichkeit, je nach Entwicklung der Pandemie die Sonder Vorschriften für die Kurzarbeitsentschädigung auf Verordnungsebene bis Ende Juni 2022 verlängern zu können. Gleichzeitig werden die für diese Massnahmen erforderlichen Finanzmittel beantragt. (red/ikr)

Situationsbericht**Vier neue Fälle gemeldet**

VADUZ Am Dienstag wurden vier weitere Personen, die in Liechtenstein wohnen, positiv auf das Coronavirus getestet. Wie aus den aktuellen Zahlen des Amtes für Statistik hervorgeht, beläuft sich die kumulierte Fallzahl seit Beginn der Pandemie damit mittlerweile auf 3598 laborbestätigte Infektionen. Davon haben 3474 Personen die Infektion überstanden. Insgesamt traten bislang 61 Todesfälle im Zusammenhang mit einer laborbestätigten Covid-19-Erkrankung auf. Aktiv infiziert sind demnach aktuell 63 Personen, davon befand sich Stand Dienstagabend eine Person im Spital. Innerhalb der letzten sieben Tage wurden durchschnittlich 7 neue Fälle pro Tag gemeldet. Die hochgerechnete 14-Tages-Inzidenz, die zwecks internationaler Vergleiche berechnet wird, beläuft sich auf 227 Fälle. Das heisst, in den letzten 14 Tagen sind 227 Personen hochgerechnet auf 100 000 Einwohner erkrankt. Die 7-Tages-Inzidenz pro 100 000 Einwohner liegt bei 132 Fällen. (red)

«Wir setzen alle Kraft auf Plan A»

Fragestunde Was sind die Alternativen, wenn es mit der Impfquote nicht klappt? Umrahmt von zahlreichen Nebenschauplätzen drehte sich die Coronadebatte am Mittwoch im Landtag auch um die Frage nach dem Plan B.

VON DAVID SELE

Der Landtag will auch endlich raus aus der Pandemie. Und der Geduldsfaden wird bei der monatlichen Corona-Fragestunde von Mal zu Mal dünner. Das äussert sich dann darin, dass einerseits die immer selben Fragen gestellt werden. Andererseits verlieren sich die Volksvertreter zunehmend in Details. Die Ausgestaltung mancher Massnahmen, der 3G-Kontrollen, Aerosolgehalt pro Kubikmeter Luft oder Mitspracherechte - allesamt sicher keine unberechtigten Anliegen, aber eben Details mit Blick auf die Pandemiebekämpfung. Gerissen ist der Geduldsfaden gestern bei der «Triesenberger Fraktion», bestehend aus Sebastian Schädler und Wendelin Lampert (beide FBP). «Was wollen Sie mit solchen Fragen eigentlich erreichen?», schimpfte Schädler in Richtung Manfred Kaufmann (VU). Dieser hatte sich nach dem allfälligen Nutzen eines Entwurmungsmittels in der Behandlung von Covid-19 erkundigt. Er habe damit nur eine Frage aus der Bevölkerung weitergereicht, rechtfertigte sich Kaufmann.

Immunisierung einziger Ausweg

Wendelin Lampert sah sich zuvor genötigt, ebenfalls ein paar längst beantwortete Fragen zu stellen. Er wollte damit dem Landtag aufzeigen, dass eigentlich auf der Hand liegt, was der Weg aus der Pandemie sei: Eine breite Immunisierung. Gesundheitsminister Manuel Frick

führte einmal mehr aus, dass es dazu den Weg der Impfung oder der Infektion gebe. Eine Immunisierung über die Infektion müsse langsam erfolgen, weil sonst die Gefahr einer Überlastung des Gesundheitswesens etc. bestehe. Folglich sei die Impfung der schnellste, sicherste und kostengünstigste Weg der Immunisierung.

Lamperts Sorge vor dem Winter

Angestrebt werde eine Immunisierungsquote von 80 Prozent der Bevölkerung. «Nicht 80 Prozent der Impfberechtigten, sondern der gesamten Bevölkerung. Dem Virus ist es egal, wer sich impfen lassen kann und wer nicht», betonte Frick. Die Impfquote liegt derzeit aber nur bei rund 64 Prozent, rechnete man die Genesenen mit, sind es noch ein paar Prozentpunkte mehr. Da sich die Nachfrage nach der Impfung jedoch erschöpft hat, stellt sich die Frage, wie lange es gehen wird, bis 80 Prozent erreicht sind.

Aus Sicht von Patrick Risch (Freie Liste) eher ein utopisches Szenario. «Was ist der Plan B, wenn diese Quote nicht erreicht wird? Und wann kommt dieser Plan B zum Tragen?», fragte Risch. Wendelin Lampert (FBP) sagte, er habe sich diese Frage auch schon oft gestellt: «Was machen wir, wenn der Winter hart wird? Diese Gefahr droht uns sehr konkret. Gibt es dann einen neuen Lockdown für alle? Ich denke nicht, dass das geht. Es wird dann eben darauf hinauslaufen, dass jene, die nicht geimpft



Gesundheitsminister Frick will eine Immunisierung von 80 Prozent. (Foto: MZ)

oder genesen sind, mit zusätzlichen Einschränkungen belegt werden.» Lampert erinnerte an Österreich, wo beschlossen wurde, bei einer drohenden Überlastung der Intensivstationen einen Lockdown für Ungeimpfte zu verhängen. Ein Szenario, das für Liechtenstein kaum denkbar ist. Auch Wendelin Lampert meinte, er könne nur hoffen, dass es nicht so weit kommt. «Aber ich bin sehr gespannt, was der Schweizer Bundesrat tun wird. Daran wird sich Liechtenstein nach meinem Dafürhalten ja orientieren», so Lampert. Diese Abhängigkeit von der Schweiz dürfe neben der Unsicherheit von

Prognosen in einer Pandemie auch ein Grund dafür sein, weshalb für Gesundheitsminister Frick das schlimmste Szenario momentan kein Thema ist, das öffentlich besprochen wird. «Wir setzen alle Kraft auf Plan A», so Fricks Antwort auf die Frage von Patrick Risch. 80 Prozent sei ein ambitioniertes Ziel, «aber es ist machbar, das haben andere Staaten auch gezeigt», so Frick. Und wenn man sich vor Augen halte, welche Unannehmlichkeiten durch das Impfen vermieden werden können, sei es das einzig Richtige, sämtliche Anstrengungen in diese Richtung zu lenken, so der Gesundheitsminister.

Betätigung in staatsfeindlicher Bewegung

Liechtensteiner im Visier der Ermittlungen

VADUZ Die Strafverfolgungsbehörden ermitteln gegen einen Liechtensteiner, der auch hierzulande wohnhaft ist, wegen des Verdachts auf Betätigung in einer staatsfeindlichen Bewegung. Das sagte Innenministerin Sabine Monauni am Mittwoch im Zuge der Corona-Fragestunde im Landtag. Hintergrund ist die Verhaftung eines international gesuchten Deutschen im Zuge der 3G-Proteste im Ruggeller Restaurant Rössle. Der Mann war unter anderem wegen der Gründung einer staatsfeindlichen Vereinigung von Österreich zur Verhaftung ausgeschrieben und wurde in Ruggell durch die Landespolizei festgenommen. Am Dienstag hatte das Gericht seine Auslieferung verfügt, wobei der Entscheid noch nicht rechtskräftig ist. Der Deutsche ist eine grosse Nummer in der Szene der sogenannten «Reichsbürger» und Staatsverweigerer. Er gilt als Gründer eines Pseudogerichtshofes - dem «Global Court of the Common Law (GCCL)». Dessen Mitglieder berufen sich auf «Gesetze der Natur» und die Bibel als oberstes Rechtsdokument, denen sich staatliches und internationales Recht unterzuordnen haben. Der «Pseudo-Gerichtshof» wird seitens Österreichs als staatsfeindliche Organisation eingestuft, da dieser durch seine Strukturen Selbstjustiz propagiere. Dem Deutschen wird unter anderem vorgeworfen, durch erstellte «Muster-Drohschreiben» zur Nötigung, Erpressung von Dritten,

darunter auch Behörden und Regierungen, beigetragen zu haben.

Debatte im Landtag

Im Landtag thematisierten gestern mehrere Abgeordnete, dass es auch in Ruggell zu einem Treffen der Anhänger dieses Gerichtshofes gekommen sein soll. Innenministerin Monauni bestätigte das Reichsbürger-Treffen in Liechtenstein. Die Art dieser Versammlung habe aber den Tatbestand einer staatsfeindlichen Bewegung nicht erfüllt, weshalb nicht ermittelt werde. Insgesamt seien der Landespolizei drei in Liechtenstein wohnhafte Personen bekannt, die Kontakte zur «Reichsbürger»-Szene unterhielten. In Liechtenstein seien diese Personen diesbezüglich aber nicht weiter in Erscheinung getreten.

Der Abgeordnete Thomas Rehak (DpL) regte an, der Reichsbürger-Thematik im Zusammenhang mit Corona keine allzu grosse Bedeutung zuzumessen. Es handle sich um Einzelpersonen, die Demonstrationen und das Internet nutzten, um ihre «abstrusen Weltansichten» kund zu tun, so Rehak. Dies sei zu verurteilen, dürfe aber nicht zu viel Raum einnehmen. Wendelin Lampert (FBP) widersprach: «Für mich geht das in Richtung Afghanistan. Wer den Rechtsstaat nicht akzeptiert, zieht andere Instrumente heran, um Gesetze auszulagern - zum Beispiel die Bibel.» Der Landtag dürfe hier nicht wegsehen, sonst eliminiere er sich selbst. (ds)

3G-Regeln werden gut eingehalten, doch der Ton ist rauer geworden

Gastronomie Seit Einführung wurde die Umsetzung der 3G-Regel mehrfach kontrolliert. Bis auf einen Fall gab es keine gröberen Verstösse, doch der Ton sei rauer geworden, so Wirtschaftsministerin Sabine Monauni.

VON DAVID SELE

Die Zusammenarbeit der Behörden mit der Gastronomie gestalte sich in Sachen 3G-Pflicht «gut bis sehr gut», sagte Wirtschaftsministerin Sabine Monauni am Mittwoch im Rahmen der Corona-Fragestunde im Landtag. Zuvor hatte Gesundheitsminister Manuel Frick erklärt, dass seit Einführung der 3G-Pflicht mehr als 60 Betriebe kontrolliert worden seien. Die Kontrollen werden federführend durch das Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen in Zusammenarbeit mit dem Amt für Volkswirtschaft durchgeführt. Ein prominenter Fall eines Verstosses ist das Ruggeller Restaurant Rössle, das die Missachtung der 3G-Pflicht bereits im Vorfeld angekündigt hatte und mittlerweile behördlich geschlossen werden musste. Wie Wirtschaftsministerin Sabine Monauni sagte, sei es an-

sonsten nur vereinzelt zu Beanstandungen gekommen. Nach einer Ermahnung seien die Mängel von den betroffenen Einrichtungen aber umgehend korrigiert worden und eine Nachkontrolle sei positiv verlaufen.

Die Umsetzung der 3G-Pflicht funktioniere folglich gut. «Sorgen macht uns, dass sich der Umgangston verschärft hat», sagte Monauni. Dies würden die Behörden insbesondere im Umgang mit Gästen und anderen Personen feststellen, die sich nicht an die 3G-Pflicht halten wollen. «Hier ist auch die Landespolizei sehr gefordert», so Monauni, die als Innenministerin auch für die Polizei zuständig ist.

Vereinzelt Umsatzeinbussen

Umsatzeinbussen wegen 3G seien in der Gastrobranche gesamthaft gesehen nicht zu verzeichnen, führte Monauni auf Nachfrage von Patrick Risch (Freie Liste) weiter aus. Es sei jedoch so, dass einige Betriebe gar nicht und andere dafür stark betroffen seien. Wie es sich auswirkt, dass Coronatests seit dieser Woche kostenpflichtig sind, müsse nun beobachtet werden. Für Gastronomiebetriebe, die Umsatzeinbussen hinnehmen müssen, stehe aber jedenfalls weiterhin der Härtefallzuschuss als staatliche Unterstützungsleistung zur Verfügung.